

I. Anmeldung

TOP: 1

Schulausschuss
Sitzungsdatum 23.02.2018
öffentlich

Betreff:

**Zuschlag für das Förderprogramm "Industrie 4.0" des StMBW
 Beschlussvorschlag**

Anlagen:

- Antrag zum Förderprogramm Industrie 4.0

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Schulausschuss	29.04.2017	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die gewerblich-technische Berufliche Schule, Direktorat 2, (= antragstellende Berufsschule) hat mit kultusministeriellem Schreiben vom 13. Oktober 2017 den Zuschlag für 112.500 € an Sonderfördermitteln "Industrie 4.0" aus bayerischen Landesmitteln erhalten. Die pädagogische Konzeption sieht - abgeleitet aus dem Grundgedanken des "Wirtschaft 4.0" - die Vernetzung von gewerblichen und kaufmännischen Kompetenzen vor. Somit wird auch die kaufmännische Berufsschule, Direktorat 4, durch zwischen den Schulen vereinbarten Kooperationsprojekten vom Projekt Industrie 4.0 profitieren.

Sachverhalt und Anlagen geben Einblick in die Überlegungen zur pädagogischen Umsetzung und die erforderliche Ausstattung. Der Finanzierungsvorschlag zur städtischen Co-Finanzierung ist zweigeteilt. Er sieht sowohl Mittel aus der Modernisierungspauschale für Fachunterrichtsräume vor als auch die Einbindung eines weiteren Förderungsantrags bei der Reg. v. MFR auf FAG-Mittel vor.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten 897.477 € **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv 897.477 € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Von den Neuerungen werden sowohl Berufsbilder mit mehrheitlich männlichen Auszubildenden (gewerblich-technisch) als auch mit mehrheitlich weiblichen Auszubildenden (kfm./verwaltend) profitieren.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

II. Herrn OBM

III. 3.BM

Nürnberg,
3. Bürgermeister

(7437)